

Die Erregung in Italien. — Deutsche Abgeordnetenimmunität und Militärverwaltung.

In England und englischen Kolonien ist mittlerweile eine Hege gegen die Deutschen vor sich gegangen, die den russischen Judenpogroms völlig ähnelt. Mitteilungen darüber brachten wir gestern. Es steht fest, daß teilweise die Sicherheitsbeamten den Verführern und Räubern wohlwollende Aufnahme und damit Ermutigung gewährten. Im „Daily Telegraph“ wird die Photographie einer Londoner Plünderungsszene abgedruckt: Man sieht auf dem Bilde eine aufgeraute Menge vor dem Zigarrengeschäft A. Schönefeld stehen. Zwei Vorkämpfer schauen ruhig zu. Eine bedeutende Anzahl

rothber Matronen werden unbehelligt auf Wagen durch die Christ-Street fortgeführt. Ganze Wagenladungen mit geraubten Möbeln werden durch die Straßen Londons gefahren. Unter den Besitzern der geplünderten Häuser waren naturalisierte Deutsche, oder solche, die von Deutschen stammen und im verflochtenen Jahrhundert naturalisiert worden waren. Ein Bäcker, dessen Geschäft völlig vernichtet wurde, hatte dort schon 22 Jahre gewohnt. Uebrigens ist, was niemand wundern wird, an manchen Stellen der Mob mit rührender Unparteilichkeit vorgegangen und hat Vollblut-Engländer das Haus ausgeraubt.

Ehrenhalber sei hervorgehoben, daß viele Polizisten, Geistliche und andere Leute dem wilden Treiben der Menge entgegengetreten, sie erreicht haben und wurden geprügelt. Die Regierung war anscheinend machtlos; freilich ist sie nicht ohne Schuld, denn sie hat die Greuelthaten begünstigt und geschürt. In der Unterhausführung vom vorigen Mittwoch hat sie zuletzt durch Zweideutigkeit aufs Schlimmste zur Aufputschung der Leidenschaften beigetragen. In der ausführlichen Meldung über den Sitzungsbericht heißt es:

Souson fragte, ob das Kriegsamt die Nachrichten erhalten habe, daß die Deutschen drei kürzlich gefangene Kanadier gefesselt hätten, indem sie sie mit den Bajonetten an einem Holzbau aufgehängt hätten. Unterstaatssekretär Tennant erwiderte, er habe keine Information über eine solche Greuelthat, werde aber Erkundigungen einziehen.

Also glücklich ist schon soweit gekommen, daß von verantwortlicher Stelle solche Greuel für möglich hingestellt werden. Ausdrücklich heißt es in einem über Rotterdam einlaufenden Bericht: „Das Gerücht, daß kanadische Offiziere von den Deutschen gefesselt worden seien, erregte die Leute mehr als der Untergang der „Lusitania“.“

Da hat nun das amtliche England Folgen der Greuelthaten, die ihm selbst sehr wider sein müssen. Oder steht es gar so, daß die Regierung die Sache gern sieht, weil sie sich davon einen Aufschwung der kümmerlich klappernden Soldatenwerbung verspricht? Es ist aber noch sehr die Frage, ob diese Wirkung eintritt. Leichter unterschreiben, was ja tatsächlich geschehen ist, 250 000 Frauen eine Petition für Internierung aller Deutschen, als daß 250 Rekruten genommen werden.

Nebenfalls zeigen die Vorgänge England von der übelsten Seite. In Deutschland ist es zwar auch bei Kriegsausbruch passiert, daß der Mob in Frankfurt ein Kino zerstörte, in München ein Café demolierte, aber ein Pogrom wie jetzt in England und Südafrika war und ist ausgeschlossen. Die englische Moral war immer ein besonderes Ding, jetzt überlagert sie sich. Eine Steigerung ist nur noch möglich: auf jedes Kriegsschiff verfrachtet England ein Duzend Privatpersonen, darunter ein paar aus neutralen Staaten. Wenn dann doch der barbarische deutsche Militarismus, mit Unterseebooten und Kanonen die Kriegsschiffe anfallt, dann muß die ganze Kulturmenschenheit zusammenreten und unter Beihilfe der Kamibolen das deutsche Volk mit Stumpf und Stiel austrotten. Im Namen der Menschlichkeit!

Genf, 14. Mai. (D. D. P.) Nach einer „Tribune“-Meldung aus London übernahm die englische Regierung 60 Prozent aller bei Lloyd abgeschlossenen Schiffversicherungen auf Staatszinsen, um die angelegte der Torpedierung der „Lusitania“ drohende abermalige Erhöhung bzw. Einstellung der Versicherungen im Interesse des englischen Verkehrs zu verhindern.

Genf, 14. Mai. (D. D. P.) „Herald“ meldet aus London: Die Admiralität fordert durch Aufruf die Angehörigen der mit der „Lusitania“ untergegangenen Passagiere auf, ihre Schadenersatzansprüche gegen Deutschland in London geltend zu machen. Zur Deckung der Schadenersatzansprüche wird die englische Regierung beschlagnahmte deutsches Eigentum in Großbritannien zur Veräußerung stellen. „Herald“ erzählt weiter, daß Großbritannien diesmal ein Beispiel aufstellen wird und gegen die Offiziere und die Mannschaft des deutschen Unterseebootes das Verfahren wegen Mordmordes vor dem Strafrichter eröffnet. Der bisherige Verlauf des Unterseebootkrieges lasse die Hoffnung zu, daß die Schuldigen doch noch England in die Hände fielen.

Johannesburg, 14. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Gestern vormittag begann die Menge wieder Kundgebungen gegen die Deutschen zu veranstalten. Die deutschen Juwelierläden wurden geplündert und zerstört. Erst am Nachmittag hörten die Unruhen auf. Der Justizminister erließ einen Aufruf an die

Bürger, in dem er erklärte, er verheße die Ursachen für den Ausbruch der Unruhen vollständig; er ersucht aber die Bevölkerung, eine vernünftige Selbstbeherrschung an den Tag zu legen und die Regierung bei der Wiederherstellung der Ordnung zu unterstützen.

Bayreuth, 14. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Auch hier ist es gestern zu deutschfeindlichen Kundgebungen gekommen. Sechs deutsche Läden wurden angegriffen und angezündet. Die Polizei war dem Mob gegenüber machtlos. Die Menge hält selbst Ordnung. Nur in einem Falle versuchten Nazis zu plündern. Der Versuch wurde sofort vereitelt. Die Regierung erließ eine Erklärung, daß sie Maßnahmen erwäge, um der neuen Lage gerecht zu werden; sie müsse aber vorerst die Regierung befragen.

Der Dampfer „Lusitania“ hat einmal vor etwa 8 Jahren in den internationalen Schiffschlämpfen eine bedeutungsvolle Rolle gespielt. Die großen deutschen und amerikanischen Schiffschiffahrtsunternehmen schiedten sich an, in der Herrschaft über die Meere sich zu teilen. Die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd gingen zusammen mit dem amerikanischen Vorgeant und schlossen ein Abkommen, durch das die Interessengebiete beider Gruppen gegeneinander abgetrennt und die Gewinnergebnisse durch sogenannte Poolung miteinander ausgeglichen wurden. Die englische Ueberseeschiffahrt stand beiseite, obwohl der Zahl der Schiffe nach der englische Reeder dem deutsch-amerikanischen Konkurrenten überlegen war. Es war nur ein Unterschied in der Qualität und Ausbildung der Schiffe.

Zwei Möglichkeiten gab es in dieser Lage für die englische Schiffsahrt. Sie mußte sich entweder dem neugebildeten Konzern anschließen, ohne ihm aber die Führung beanspruchen zu können, oder sie mußte außerordentliche Anstrengungen machen, um sich gegenüber diesem Konzern durch eigene Kraftentfaltung zu behaupten. Die englische Regierung entschloß sich für den letzteren Weg. Sie gewährte der bis dahin unabhängig gebliebenen englischen Cunard-Linie einen Betrag von circa 60 Millionen Mark in Form von Währungs Subsidien und ein niedrig verzinsliches Darlehen von 40 Millionen Mark. Mit diesen Mitteln sollte der Kampf gegen die deutsch-amerikanische Konkurrenz aufgenommen werden. Und er wurde durchgeführt. Es sollte ein Sieg der besseren Technik werden. Die Cunard-Linie setzte bei diesem Kampfe an der Stelle ein, wo damals die schärfste Ueberlegenheit der deutschen Gesellschaften lag, nämlich bei der Schiffsgeschwindigkeit und Schiffgröße. Die zwei Schwesterschiffe „Lusitania“ und „Mauretania“ wurden gebaut, von denen das erste einen Raum von 31 550, das zweite sogar einen solchen von 33 000 Tonnen verdrängte. Als Antriebskraft wurden zum ersten Male in der Seeschiffahrt Turbinen angewendet, womit es gelang, die Geschwindigkeit der Schiffe auf 25 Knoten zu steigern. Der Erfolg war, daß es der „Lusitania“ und der „Mauretania“ auch tatsächlich einige Male glückte, den bis dahin unerreichbar schnellen Widdampfern des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie das blaue Band des Ozeans zu entreißen.

Einen praktischen Erfolg hatte allerdings dieser Geschwindigkeitsschiffbau für die Engländer nicht. Der Siegeszug der deutsch-amerikanischen Konkurrenz wurde dadurch nicht aufgehalten. Vor allen Dingen waren diese Parförcleistungen der Maschinen unwirtschaftlich im Rohstoffverbrauch und kostspielig wegen der notwendigen Reparaturkosten. In 4 Tagen 19 Stunden und 28 Minuten durchquerte die „Lusitania“ den Atlantischen Ozean, eine Zeit lang das schnellste Schiff trotz seiner Riesengestalt von 282 Meter Länge, 28,8 Meter Breite und 17 Meter Tiefe. In derselben Dimension und Leistungsfähigkeit wurde ein Schwesterschiff, die „Mauretania“, gebaut, und wenn auch bald „das blaue Band“ an die Deutschen wieder zurückgeführt wurde, so hat die „Lusitania“ doch vor etwa acht Jahren als Reiterwert englischer Schiffbaukunst das Aussehen der Nachwelt gefunden.

Washington, 14. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die deutsche Botschaft hat die Zeitungen aller großen Städte brieflich und telegraphisch aufgefordert, die Veröffentlichung der Warnungssannonen einzustellen. Ein Grund wurde hierfür nicht angegeben; es hieß nur, die Botschaft erachte die gegebene Warnung für hinreichend.

Die Kämpfe im Westen.

Nach den Berichten englischer Kriegskorrespondenten in Nordfrankreich erreichte die Schlacht vom Meere bis nach Arras ihren Höhepunkt. Die bisher ganz ungewisse Schlacht sei die furibundeste, die gewütet habe.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ gibt folgende Auslassung der „Times“ wieder: In Nordfrankreich haben wir unter einigen Nachteilen zu leiden, die es mühsam machen, durchschlagende Erfolge zu erringen. Das schöne Wetter hat es ermöglicht, die deutschen Stellungen gründlich aufzuklären. Dabei fanden wir, daß die Deutschen fast alle be-

herrschenden Höhen besetzt halten, die sich über unseren Stellungen befinden. Die Armeen des Kronprinzen von Bayern und des Herzogs von Württemberg stehen uns noch in voller Stärke gegenüber. Es gibt nur wenige Punkte, die angreifbar sind, und die hat der Feind mit starken Verteidigungswerken versehen. Die Laufgräben sind von guten Truppen besetzt und durch gepaltete Artilleriemassen gedeckt. Sodann leiden wir noch vom Gasanfall bei Ypern, der den Bundesgenossen an unserer Linie zurückdrückte und unsere Stellung entblöhte. Die Ergebnisse unserer sonntägigen Angriffe enttäuschten. Der Feind war viel stärker verankert, als vermutet wurde. Wir verfügen nicht über genügend Granaten, um die Verschanzungen ganz zu vernichten. Wir fanden, als wir zum Sturm übergingen, daß die Besatzungen unverzagt und viele Hindernisse noch intakt waren. Aber dadurch, daß wir feindliche Truppen in gleicher Stärke wie die unseren festhalten, erleichterten wir den Franzosen die Offensive an unserem linken Flügel. Wir müssen besser mit Munition, Granaten und Leuten ausgerüstet sein, um die deutsche Verteidigungslinie durchbrechen zu können.

Vom Erfolge bei und in Carenx berichten die französischen Bulletins in der üblichen Uebertreibung. Der deutsche Tagesbericht hatte einen Verlust von 600 bis 700 Mann genannt, der französische Bericht aber sagt: „In der Nacht erlitten wir das gesamte Dorf Carenx und das Gehölz nördlich der Höhe 125. Dorf und Gehölz waren besetzt von dem Bataillon 109, einem Bataillon des 136. Infanterie-Regiments sowie einem bayerischen Jägerbataillon und sechs Pioneerkompanien zu 300 Mann. Diese Truppen hatten aus Carenx und dem Gehölz am Hügel 125 eine furibunde Schanze gemacht. Obwohl der Feind durch die Verluste vom vorigen Tage an Toten, Verwundeten und Gefangenen stark geschwächt, leistete er doch die ganze Nacht im dem Labyrinth von Gräben und Blockhäusern verzweifeltsten Widerstand. Mit Tagesanbruch war der Widerstand gebrochen. Wir waren Herren der Stellung. Unsere Truppen töteten im Bajonettkampf etwa 100 Deutsche und machten 1050 Gefangene, darunter etwa 30 Offiziere, einen Obersten sowie den Kommandeur des Jägerbataillons. Am Südoingang von Couches wurden unsere Stellungen vom Feinde heftig angegriffen; wir behaupteten sie. In Neubille schritten unsere Angriffe im Dorfe und nördlich davon merklich fort. Im Norden bemächtigten wir uns des Weges an den Steinbrüchen von Neubille nach Gibenchy und gewannen so einige hundert Meter. Im Dorfe selbst hielten wir gestern früh nur den südlichen Teil; der Feind hielt noch das Zentrum und den nördlichen Teil. Durch unseren Angriff nahmen wir spät am Mittag das Ortszentrum Haus um Haus. Die Deutschen wurden an das Nordende zurückgeworfen, welches wir umschließen. Der Mut und die Ausdauer unserer Truppen sind bewundernswert.“

So heißt es im Nachmittagsbericht; der Abendbericht fügt hinzu: „Die Einnahme von Carenx ließ viel Material in unsere Hände fallen, welches noch nicht abgeschätzt werden kann, darunter zwei 77 Millimeter-Geschütze, eine 105 Millimeter-Haubize, zwei 210 Millimeter-Mörser, ein Duzend Minenwerfer, eine große Zahl Maschinengewehre, 3000 Gewehre und große Vorräte von Granaten und Patronen. In dem Gehölz des Hügels 125 fanden wir die Leichen dreier von unserer Artillerie vernichteter Kompanien. Am Nachmittage beschoß der Feind ergebnislos Carenx. Im Besitz Carenx, rückten wir gegen Norden vor, wo wir uns Ablains und Saint Nazaires bemächtigten, welches wir ganz innehaben außer einigen Häusern am Ostrande, in denen der Kampf fortdauert. Wir machten mehrere Hundert Gefangene. Der Feind steckte, indem er sich zurückzog, die Hälfte des Dorfes in Brand. In Neubille-St. Vaast nahmen wir neue Häusergruppen im nördlichen Teile des Dorfes. Die Zahl der erbeuteten großkalibrischen Geschütze und Haubizen beträgt siebenzehn.“

Der Mittagsbericht nennt Truppenkörper in Stärke von 4800 Mann und spricht von 1050 Gefangenen. Der Abendbericht nennt als Beute 3000 Gewehre. Will man uns glauben machen, daß 1800 Mann kein Gewehr hatten? Die Sache wird so sein: die genannten Bataillone und Kompanien waren in dem Dorf, einem Teil gelang aber noch der Rückzug. Jedenfalls hat bisher der deutsche Tagesbericht den Vorzug großer Glaubwürdigkeit genossen und so nehmen wir die Ziffern, die er nennt, als zutreffend an.

Genilleton.

Im russisch-polnischen Bauerndorfe.

Dem Feldpostbrief eines Reiterbemanns entnimmt die „Dresdner Volksztg.“ das folgende: Ich hatte Dich im vorigen Briefe im Geiste mit mir in ein russisches (oder genauer gesagt russisch-polnisches) Dorf geführt. Wir lagen dort etwa zehn Tage und richteten uns in einer Bauernstube ein, so gut es gehen wollte. Die Quartiermacher waren schon am Tage zuvor dagewesen, und so fanden wir die Stube völlig leer bis auf ein Bett (das selbstverständlich hinausbefördert wurde) und einige Duzend der üblichen grellbunten Heiligenbilder. Die in ihrer schlechten Ausführung ungefähr an den Geschmack halbwilder Volksstämme erinnern. Du wirst Dich darüber nicht mehr wundern, wenn Du erfährst, daß die Jugend hier nur zwei Jahre eine höchst primitive Schule besucht und dieses „Vorzugs“ nur zwei Kinder in jeder Familie teilhaftig werden. Mehr Bildung ist verpönt und die Mehrzahl der Kinder bleiben sonach Analphabeten. Die Leute behaupten sogar, sie würden bestraft, wenn sie den Versuch machten, ihre Kinder zu Hause weiter fortbilden zu lassen. Dieses Niederhalten der Volksbildung ist einer jener tönernen Fische, auf denen sich die zaristische Macht aufbaut. Man züchtet so demütige und unterwürfige Untertanen, die auf einer solchen Stufe der Bedürfnislosigkeit stehen, daß sie sogar das tägliche Wädschen als einen Luxus ansehen. Seife und Bürste scheinen den meisten ganz unbekannt zu sein; ich und meine Kameraden haben bis jetzt noch nie ein Quartier angetroffen, in dem es so etwas gab. Die Lebenshaltung der Bewohner entspricht ihrer sonstigen Bedürfnislosigkeit. In jedem Haushalte befindet sich ein Getreidemöbel primitivster Art. In einem senkrecht stehenden ausgehöhlten Baumstamm ist ein Mühlstein fest eingelassen. Darauf liegt ein zweiter gleichgroßer Mühlstein, der im Zentrum ein 15 Zentimeter breites Loch hat. Am äußeren Rande des oberen beweglichen Steines wird eine Stange lose befestigt, die bis in ein Loch in der Decke reicht. Damit wird der obere Stein um seine Achse gedreht, während das ungehäuberte Korn in das mittlere große Loch geschüttet wird. Mehl und Kleie zusammen fallen aus einer in der Höhe der Reibfläche im Baumstamm angebrachten Öffnung in eine

aufgestellte Kiste. Aus dem gemahlten Korn werden mit Sauerheide große grobe Vollkornbrote gebacken, die hart wie Steine sind. Unter dunkles Kommissbrot gilt ihnen als „Weißbrot“. Das „Wädschen“ der aus selbstgefertigter Feinwand hergestellten Wädsche geschieht (sehr selten) am Bach auf großen Feldsteinen. Die Wädsche wird — wie z. B. in Elßah-Potbringen — geschlagen, nur mit dem Unterschied, daß sie dort noch dieser Prozedur blütenweiß, hier aber grau ausfällt. So primitiv wie ihre Lebenshaltung ist auch die Agrarwirtschaft der Leute. Die kleinen, schnellen Pferde sehen struppig, elend und verkommen aus. Busen gibt es nicht, und die Tiere sind daher mit hiden Treddilastern bedeckt. Derartige, von uns requirierte Pferde wurden durch gute Pflege zu einem solchen Aussehen gebracht, daß sie der Vorbesitzer schon nach einigen Wochen nicht wieder erkannt haben würde. Die Felder (aus denen das Doppelte herausgeholt werden könnte) sehen Steinwüsten ähnlich; man denkt nicht daran, die Steine herauszugleichen und damit die schier grundlosen Wege zu verbessern. Was ist aber die Ursache dieser wenig rationalen Bewirtschaftung? Das Land gehört zum Teil dem Adel und dieser hat es wieder an die Bauern verpachtet. Würde der Bauer seine gedachten Felder in Kultur bringen, dann würde ihm nicht der Lohn für Mühe und Fleiß, sondern der Grundbesitzer würde den Pacht steigern oder gar den Pachtvertrag mit ihm lösen. Was aber der Großgrundbesitzer dem Manne von seinem Reinertrag noch übrig lassen sollte, das holt Böhmers Steuereinnahmer. Zum Wohlstand kann der russisch-polnische Bauer nicht kommen, es sei denn, er ist Besitzer des Landes. Aber auch da, wo der Bauer seinen eigenen Grund und Boden bewirtschaftet, wird derart die Steuerdrücke angehängen, daß dem Bauer nicht viel bleibt. So muß der Bauer z. B. ziemlich viel Straßenbaukosten bezahlen, aber die Regierung denkt nicht daran, die Straßen auch bauen zu lassen. Nun kommt noch hinzu, daß die Bauern beim Verkauf ihrer Erzeugnisse — sei es Schlachtvieh oder Pferde oder Getreide — überaus hohen Steuern ausgesetzt sind. Der gesamte Handel liegt in den Händen der Juden. Diese kaufen alles auf und drücken dabei die Bauern noch allen Regeln der Kunst. Die Folge dieser Zustände ist Trägheit bis an die äußerste Grenze und reichlicher Schnapsgenuss, dem sie alle huldigen — Männer und Frauen. — Durch unser Dorf fließt ein etwa drei Meter breiter Bach, über den weder

Steig noch Brücke führte. Von einer Dorfstraße war nichts zu sehen; bis an die Stiefelschäfte verankert man im Schlamm und Morast. Am Bache ist ein kleines Wäldchen, und Steine gibt es so viel, daß sie Verkehrshindernisse bilden. Die Bauern stoffen also geradezu dort, wo sie gebraucht wurden, und doch hatten sich die Dorfbewohner noch nicht dazu aufraffen können, Brücke und Weg zu bauen. Jetzt wurde es selbstverständlich anders. Gleich am ersten Morgen wurden die Männer und jungen Furken aus den Häusern hinter dem Ofen vorgeholt und sie mußten unter der Anleitung einiger Soldaten eine feste Brücke und Wege bauen. Ohne etwas Zwang ging es dabei freilich nicht ab, aber es war ja in ihrem eigenen Interesse.

Das Dorf machte zunächst einen recht ärmlichen Eindruck. Es schien, als hätten die Leute nur die notdürftigsten Vorräte an Korn und Futtermitteln. Wir sollten aber requirieren! An die Einwohner wurde vom Ortskommandanten (unserem Kompaniechef) die Aufforderung erlassen, alle vorhandenen Vorräte bis zu einer bestimmten Stunde anzuzeigen; wer dies unterließe, würde bestraft. Die Aufforderung hatte nicht den gewünschten Erfolg, und so wurde denn gesucht. Das hatte großen Erfolg. Es wurden ziemlich beträchtliche Mengen Roggen, Hafer, Gerste und Kartoffeln gefunden, die man nie in dem Dorfe vermutet hätte. Dabei waren die Vorräte so geschickt in der Erde vergraben, daß meist nur der blinde Zufall zu ihrer Entdeckung führte. Es ist als sicher anzunehmen, daß noch größere Vorräte von uns unentdeckt blieben. Für uns war das Requirieren eifernes Muz; wir müssen uns möglichst aus den Vorräten in Festland ernähren, damit ihr zu Hause nicht Hunger leiden müßt. Das „Christliche“ England und das „fromme“ Ausland waren härter gegen uns. Sie kämpften nicht allein gegen uns Männer, sondern auch gegen unsere Frauen und Kinder. Wir haben den Leuten nur so viel von den Vorräten genommen, als sie nicht selbst zu ihrem notwendigen Lebensunterhalt gebrauchten. An Vieh war nicht mehr viel vorhanden, aber wir haben jeder Familie mindestens eine Milchkühe gelassen. Jedes Stübchen, das wir uns lochten, haben wir bar bezahlt. In wenig Tagen erhand zwischen uns und den Einwohnern ein herzliches Einvernehmen. Wir teilten vielfach mit den Erwachsenen unsere Zigarren und Zigaretten, und mit den Kindern unsere Süßigkeiten. Als wir zum letzten Male das Dorf verließen, winkten

Verfassung und Militärgewalt.

In der Budgetkommission des Reichstags wurden am Freitag wieder mancherlei Beschwerden über die Sachhabung der Justiz vorgebracht. Dem Staatssekretär Dr. Delbrück erklärte auch der sozialdemokratische Abgeordnete Sasse, in seinem guten Willen, der Presse entgegenzukommen und zu zeigen, daß überall mit gleichem Maße gemessen werde, sei es dem einen oder dem anderen. Aber er habe offenbar mit keinem Verbrechen wenig Erfolg. Für die Presse ist der jetzige Zustand geradezu unerträglich. Tatsächlich werde mit vornehmlichem Maße gemessen. Die Regierung habe ihre ganze Gewalt an das Militär abgegeben. Nach der Reichsverfassung ist es nicht zulässig, über das ganze Reich den Belagerungszustand zu verhängen. Die Gesetze können durch einen Akt der Militärbehörden nicht außer Kraft gesetzt werden.

Diese Ausführungen leiteten über zur Besprechung der Fälle Petros, Martin und Liebknecht. Petros ist aus Strahburg ausgewiesen und es ist ihm als Wohnort Samobersch-Winden vorgeschrieben worden. Der Gouverneur von Strahburg hat ihn eröffnet, daß er nicht wegen seiner politischen Betätigung, sondern seiner französischfreundlichen Gesinnung wegen ausgewiesen sei. Man hat ihm vorgeworfen, daß er mit Dr. Weill befreundet gewesen sei und auch in diesem Sinne sich französischfreundlich stelle. Martin wurde mit anderen Milhauser Stadtverordneten verhaftet; das soll eine Schutzhaft sein. Gegen Liebknecht ist ein Strafverfahren eingeleitet wegen einer politischen Kundgebung. Seinen Kameraden beim Militär wurde bei Strafe verboten, mit Liebknecht zu verkehren. Bei allen drei genannten Personen handelt es sich um die Wohnung der Junität als Abgeordnete. Staatssekretär Delbrück erklärte dazu:

Die Junität der Abgeordneten darf auf keinen Fall berührt werden. Man konnte freilich sein darüber, ob auch eine Schutzhaft eine Verletzung der Junität ist. Ich persönlich bin dieser Meinung. Die Verantwortung für das Vorgehen des Abgeordneten Petros hat die Militärbehörde zu tragen. Das Recht zur Ausweisung von bestimmten Personen aus einer Gegend hat deren Kommandant unstrittig. Dagegen war die Verweisung an einen bestimmten Ort nicht zulässig. Die Regierung hat sofort Schritte getan, um diese Maßnahmen rückgängig zu machen. Bei dem Landtagsabgeordneten Martin handelte es sich nicht um ein Strafverfahren, sondern um eine Schutzhaft. Auch hier sind bereits Schritte seitens der Regierung getan worden. Der Fall Liebknecht fällt unter Artikel 31. Dieses Verfahren dürfte nicht eingeleitet werden. Das militärische Gericht hatte sich ein Gutachten einholen lassen. Die Regierung greift sofort ein, und das Verfahren ist jetzt eingestellt. Die Schutzhaft gegen einen Abgeordneten widerspricht dem Artikel 31 der Verfassung. Man kann im Zweifel sein, ob der Belagerungszustand überall notwendig ist, auf jeden Fall aber in Elberfeld. Die Verhängung des Belagerungszustandes ist nach der Verfassung zulässig. Die Regierung wagt zuerst der Meinung, daß nach dem Aufmarsch der Belagerungszustand wieder aufgehoben werden kann. Die Mobilisierung dauert aber eigentlich fort. Die Justiz ist nötig wegen des Ausmaßes, denn wir stehen mit der ganzen Welt im Krieg. Auch auf die persönliche Freiheit kann nicht immer Rücksicht genommen werden. Der Artikel 31 der Verfassung soll unter allen Umständen geschützt werden; auch die gegen einen Abgeordneten verhängte Schutzhaft ist mit der Verfassung nicht vereinbar.

Damit hat also die Regierung ihr Teil getan, um gegen Maßnahmen der Militärbehörde das Recht der Abgeordneten zu schützen. Die Vorgänge, wegen deren ja später noch zu reden und zu handeln sein wird, zeigen drastisch, wie wenig die Verfassungsvorschriften selbst Amtspersonen in Fleisch und Blut übergegangen sind. Auch die Verhältnisse der Polen und Litauern wurden in der Kommission gestreift. Abgeordneter Debusch hält das Verfahren in russisch-Polen für völlig verfehlt. In Lodz hat man die Abhaltung von Versammlungen einfach verboten und die 5 Versammler nach Deutschland transportiert. Die Reichsleitung müsse dafür sorgen, daß solche Dinge nicht vorkommen. Die österreichische Verwaltung hat den Gebrauch der polnischen Sprache nicht verboten; von dort kommen auch polnisch geschriebene Briefe nach Deutschland. Der Grund, daß man nicht genügend Leute habe, die die Zensur polnisch geschriebener Briefe besorgen können, sei absurd in einem Lande, in dem Millionen Polen wohnen.

Kriegsminister v. Bodelschwingh versucht, die kritisierten Maßnahmen mit der Spionagegefahr zu begründen. Die Ausweisungen aus Lodz seien jedenfalls erst nach genauer Prüfung erfolgt.

Verrücktheiten.

Lord Rosebery, der bekannte englische Liberale, richtete an das Glasgow-Regiment der Snadenbrigade folgende Epistel:

Wir verteidigen in diesem Kriege nicht nur unsere Freiheit, sondern wollen auch eine sittliche Kraft an die Stelle einer gegen die Freiheit und Wohlfahrt der ganzen Welt gerichteten unsittlichen und in ihrem Ziel wie in ihren Mitteln schamlos verkommenen setzen. Diese schon lange geplante Verwilderung führt unter dem hässlichen Lösungswort der Kultur die Welt durch barbarische Mittel ins Barbarentum zurückzuführen. Der überlegte Mord der Verwundeten und Unschuldigen, die rote Verwundung von Geisteskranken, die grausame Bedrückung von Nichtkämpfern, die gezielte Verwundung von Gefangenen, die Verletzung der Verträge, des Völkerrechts und aller Antikriegsgrundsätze, die den gebildeten Völkern gemeinsam sind — alle diese und andere Verbrechen sind unseren Feinden bis zum letzten Punkt nachgewiesen. Und nun denke man sich einen preußischen Sieg! Denke man sich solche Mittel und Grundzüge, wenn dieses Wort hier statthalt ist, als ständiges Gesetz oder ständige Gesetzmäßigkeit unserer Welt mit Gewalt aufzuzwingen! Was wir das dunkle Mittelalter nennen, wäre helles Licht im Vergleich mit solchen Zuständen. Aber so liegt es, das ist der Kern des Kampfes, und die sittliche Kraft, die durch Ihre Tapferkeit vertreten ist, muß sich durchsetzen zur Rettung und zum Heile der Welt. Gelingt das nicht, so wird sich Europa in den Zustand Nordamerikas vor dessen Entdeckung zurückverwandeln, unter der Herrschaft von Wilden, welchen Namen sie sich auch selbst immer geben mögen.

Unter dem Titel „Kriegskinder“ brachte die Londoner Zeitung „Daily Mail“ einen Artikel, in dem es heißt: Viele schändliche Greuelthaten haben die Menschlichkeit von allen Seiten befeuert. Greuelthaten, die die Menschlichkeit von allen Seiten zweifelslos der von ihnen unternommene Versuch, die fran-

Lauter Freiwillige!

In Lübben, dem bekannten Spreewälder Ausflugsort, wachsen nicht nur große Gurken; es gedeiht dort auch unter dem Schutz des Landratsamts ein Kreisblatt. In der Nr. 53 vom 6. Mai ist da folgendes zu lesen:

Kritischer Teil.

Nachstehend aufgeführte Junglinge sind sich ihrer Pflicht als Deutsche in dieser ersten Zeit nicht bewußt, da sie sich dauernd dem militärischen Vorbereitungsdienst fernhalten.

- E. Jahn, Schumacher (beschäftigt bei Schuhmachermeister Dienke).
- Domman, Schreiber auf dem Rasthof.
- Otto Schulz, Strauß.
- Wilhelm Schulz, Ackerer in Strauß.
- Karl Dörsch, Ackerer in Wittmannsdorf.

Die Veröffentlichung weiterer Namen von Jungen steht bevor.

Lübben, den 26. April 1915.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses für Jugendpflege, J. B. Dr. von Graebnitz.

In Schillers revolutionärem Jugenddrama „Kabale und Liebe“ erzählt der alte Kammerdiener von den „Freiwilligen“, die auf dem Paradeplatz antreten mußten, und was ihnen geschah, da sie nicht nach Amerika marschieren wollten. So schlimm wie denen geht's den Lübbener „Freiwilligen“ nicht. Es spricht kein Hirn auf Plaster, es spricht nur Druderschwärze aus Goldpapier. Aber eine erbauende Illustration von der Durchführung ministerieller Anweisungen bleibt die Sache doch. Das Landratspapier weiß besser als der „Staatsanzeiger“, was in Preußen Geltung hat.

Guttermittelverförmung, Fleisch- und Milchpreis.

Die Zentralgenossenschaft der Provinz Westfalen — eine Vereinigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften — hatte bei der Provinzialverwaltung beantragt, zu beschließen, daß die Provinz einen Teil des Risikos für die bei der Zentralgenossenschaft zu lagernden Guttermittel übernehme. Diefem Antrage, der etwas neues auf dem Gebiete der provinziellen Betätigung darstellt, ist jetzt durch einen formellen Beschluß des Provinziallandtags entsprochen worden, in dem es heißt: „Bei dem für alle Bevölkerungsteile der Provinz gleichmäßig vorliegenden Interesse an der Verfürung mit Fleisch und Milch beteiligt sich die Provinz an dem durch sinkende Guttermittelpreise möglicherweise eintretenden Verlust mit 50 Prozent, höchstens jedoch bis zur Höhe von 1 Million Mark unter der Bedingung, daß die Provinz an dem etwa eintretenden Gewinn mit 50 Prozent beteiligt ist.“

Es läßt sich nicht verkennen, daß diese Maßnahme in sehr erheblichem Maße der Landwirtschaft zugute kommt. Die Vertreter der industriellen Bezirke hatten anfangs auch gewisse Bedenken gegen die Annahme eines solchen Antrags, sie haben diese Bedenken aber schließlich zurückgestellt, weil letzten Endes auch die Arbeiter usw. an der Durchführung der Maßnahme interessiert seien.

Neben der von der Provinzialverwaltung Westfalens auf dem Gebiete der direkten Einkäufe von Lebens- und Guttermitteln gemachten Erfahrungen berichte auf dem Provinziallandtage der Landeshauptmann. Danach sind Waren für 1,7 Millionen Mark auf gekauft und bis auf einen „eisenen Bestand“ wieder abgegeben worden, ohne daß dabei ein Geschäft gemacht worden wäre. Gezahlt wurden für den Doppelzentner Reis 34 Mark — jetziger Preis 100 Mark — Gerste 18 Mark — jetzt 65 Mark, — Weiz 17 Mark — jetzt 65 Mark.

In Breslau wurde der Milchpreis auf 24 Pfa. erhöht. Auf die Ankündigung eines Milchbonfotts gingen die Händler um einen Pfennig pro Liter herunter; da dies ganz ungenügend ist, beschloffen am Dienstagabend sieben riefig besuchte und zum Teil polizeilich abgesperrte Versammlungen die kräftige Durchführung eines Milch- und Butterbonfotts, bis die Preise auf ein erträgliches Maß gesunken sind. An diesen Versammlungen beteiligten sich Angehörige der verschied-

sten Gesellschaftsklassen. In den Versammlungen wurde ein Milchbonfott als Fortsetzung des Milchbonfotts verlangt, sobald die erste Aufgabe gelöst ist. Gegen die Preistreikereien auf dem Viehmarkt hatten sich bekanntlich der Magistrat von Breslau selbst für machlos erklärt.

Hilfskreuzer „Lufitania“.

Einer im Jahre 1907 herausgegebenen Propagandachrist der „Canard-Enfante“, betitelt „In 4½ Tagen über den Ozean“, entnimmt der Berner „Bund“ folgende Angaben über den fensien Dampfer „Lufitania“:

„Die Schiffe sollen so gebaut werden, daß sie in Kriegszeiten als Hilfskreuzer dienen könnten. Der Admiralität war sowohl für die Anarbeitung der Pläne, wie auch für den Bau der Schiffe eine gewisse Mitwirkung und Kontrolle zugesichert. Der Vertrag sichert der englischen Regierung, die außer dem Jahreszuschuß von 150 000 Pfund (3 Millionen Mark) noch einen in manchen Jahren zu amortisierenden Bauzuschuß von 2 600 000 Pfund (52 Millionen Mark) zu 2½ Prozent zahlt, die ständige Kontrolle der Linie, deren sämtliche Schiffe der Regierung jederzeit zu Charter oder Kauf unter bestimmten Preisen zur Verfügung stehen zu. Ferner wurde vereinbart, daß die Pläne eines jeden neuen Schiffes von 17 und mehr Knoten Geschwindigkeit der Admiralität vorgelegt werden.“

Mit dem Bau der „Lufitania“ wurde im September 1904 begonnen. Raum zwei Jahre später, am 7. Juni 1906, ging der mächtige Schiffkörper schon vom Stapel. Die Dimensionen waren allein schon ein Rekord, der Staunen erregte. Die Länge 790 Fuß, Breite 88 Fuß, Tiefe (Bootsdeck zum Kiel) 80 Fuß, Tiefgang bei voller Ladung 37 Fuß 6 Zoll, die Höhe bis zum Rand der Schornsteine 155 Fuß, bis zur Spitze der Lademaften 216 Fuß. Displacement 45 000 Tonnen. Das Schiff hat Raum für 2350 Passagiere. Hierzu die Besatzung mit 800 bis 900 Mann, so daß der Dampfer circa 3200 Personen faßt. Die Geschwindigkeit beträgt circa 25½ Knoten in der Stunde. Ein Telephonnetz umspannt spinnwebartig das ganze Schiff.

Die „Lufitania“ entspricht den Forderungen der Admiralität betreffs eines bewaffneten Hilfskreuzers und sie kann im Kriegsfalle mit 20 bis 25 Geschützen und 12 bis 15 Torpedos ausgerüstet werden.

Vom gefällten Goliath.

Amsterdamer Blätter melden: 20 Offiziere und 150 Mann des englischen Panzerkreuzers „Goliath“ sind gerettet.

Also nicht 500, wie die britische Admiralität befürchtete, sondern sogar 600 Mann sind umgekommen. Das 1898 vom Stapel gefallene Schiff hatte 13 150 Tonnen Wasserdrängung, es war mit 4 30,5, 12 15 Zentimeter- und 16 kleineren Geschützen armiert. Es hatte 750 Mann Besatzung.

Die Dardanellenaktion kommt den Angreifern sehr teuer zu stehen.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Inser Solinger Parteiblatt wurde unter Präzentsensur gestellt, weil der Wortlaut einer von dem Blatt veröffentlichten Resolution, die den Frieden fordert, zu Gunsten der russischen und militärischen Ungerechtigkeit vor dem Feinde anforderte. Rummer stehen alle Parteiblätter am Niedergang ihrer Borgen.

Wegen des Erscheinens eines „Der Papst und Italien“ überarbeiteten Artikels in der „Post“ wurde die Ausgabe der letzteren bis auf weiteres verboten.

Aus Windhof in Deutsch-Südwestafrika meldet das Reutersche Bureau: Die deutschen Streitkräfte haben sich nach Nordwesten zurückgezogen. Der Sitz der Hauptstadt ist nach Großfontein verlegt worden.

Die Staatsrechnung der Schweiz für 1914 ergibt rund 78 Millionen Einnahmen und 101 Millionen Ausgaben, mithin ein Defizit von 23 Millionen Franken. Die Mobilisierungskosten, die bis Ende 1914 rund 100 Millionen Franken betrugen, sind nicht eingezeichnet.

den Schindanger. Aber nicht alle des Germanismus verdächtigen Röter sollen so grausam behandelt werden: es gibt Massen, denen mitleidige Schonung zuteil wird. Eine davon, die uns ganz unbekannt ist, heißt: der Kommer. Er kann, so legen Pariser Blätter, seine Rasse nicht verbergen, aber man verzeiht ihm, weil er wie ein Federhaken aussieht. „Unalldlicher Sohn von alkoholischen Eltern, der mit Whisky vollgestopft, rachtisch, krank und ohne Verstand den ganzen Tag auf einem runden Kissen zubringt, er verdient das Mitleid, das man einem Feind entgegenbringt, der kindlich geworden ist. Mag er sein trauriges Leben weiterleben!“

Und auch der Blöddinn wird weiterleben, bis er eines Tages an sich selber stirbt.

Die Arten der Neutralität.

Da lan amal a paar Bauern im Wirtshaus g'sessen und ham g'tedt — na, mein Gott, von was red'n denn jetzt die Leute im Wirtshaus — vom Krieg ham's natürl'ich g'redt.

Da hat der Quababauer g'sagt, d's G'schicht mit d'rei Neutralitiden, die tut er halt gar no net daiten. Und was der Bado is, der rachtet sich grad so kräftig auf solche Sachen, der hat dös dene Bauern nach a o erklärt:

„Also pakt's auf, Wanno,“ hat er g'sagt. „Du, der Quababauer und du, der Schmied Badi, ihr lang's jost do im Wirtshaus g'raff'n an. Dann leid's d's die kriegführenden Mächte. Und wenn jost die andan dait'n und eud zugangha'n — dör lan die Neutralen.“

Jetzt holt sich der oa oder ander an Sted'n her oder sunst was, damit a lei was hat zum Quabauer, meun's dreiert, dös hoagt ma die bewaffnete Neutralitiden.“

Wenn jetzt der Seppl sein'm Badi, dem Quababauer, an Sted'n umilangt, damit der den Schmied Badi besser verdreihen kann, woagt, weil der Seppl selber toa Schmeid hat zum Mitrass'n, dan es dös die wohlwollende Neutralitiden.“

Jetzt hat aba der Seppl a Wiat kragt auf den Mafesabada und hat em a paar richtig g'langt. Na, kurz und quat, es is a große Kauferei word'n und der Gantsch hat's alle miteinander a g'schmissen.

Was drauhen g'leg'n fan, da hat sich der Bado an Bude g'rieb'n und hat g'sagt: „Und da rausknecht, dös is die strikte Neutralitiden.“

Unterzagt Schmidt in der „Völler Kriegszeitung“.

Sozialismus und Weltkrieg.

Unter den sozialistischen Schriften über den Weltkrieg hat eine starke Widerwirkung gefunden, weil sie sich ganz vorbehaltlos auf den Standpunkt stellt, daß die englische Welt-herrschaft der Feind kulturellen Fortschritts und der Grund zu unaufhörlichen kriegerischen Verwicklungen sei. Wir meinen die Schrift von Paul Lensch: „Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg“, die schon in 2. Auflage vorliegt. (Berlin, Vorwärts-Buchhandlung, 1915.) Lensch sieht deshalb ausschließlich in einem Siege Deutschlands und Österreichs die Gewähr gegeben, daß sich der binnensländische Kapitalismus neben dem englischen durchsetzt und zur politischen Demokratie entwickeln und die Vorbedingungen für das Aufsteigen der Arbeiterbewegung schaffen könne. Nun hat Lensch vielleicht manche Seite dieser Entwicklung zu einseitig betont und zu unvermittelt kommen lassen. Es wird sich manches bedingter und vermittelter abspielen, als er es noch bei Abfassung seiner Broschüre am Anfang des Krieges glaubte. Wie denn jetzt die Entwicklung weniger Wochen manchmal ganze Reihen von Voraussetzungen über den Haufen rennt, auf die man sich verlassen hatte, was jeden Vorsichtigen zu großer Zurückhaltung im Urteil ermahnt. Aber was Lensch als Grundzug der Entwicklung betont, das muß allerdings auch dann als richtig anerkannt werden, wenn man nicht alle seine Beispiele und Voraussetzungen als zutreffend hinnimmt.

Gar nicht scharf genug hervorgehoben werden kann mit Lensch zunächst, daß der Kapitalismus noch stark entwicklungs-fähig ist und daß gerade die bisherige Geschichte des englischen Kapitalismus „praktisch beweist, daß die Entwicklung zur Demokratie ist, zur politischen natürlich nur, nicht zur sozialen“ (Lensch, S. 57/58). Das politische Verdienst der eng-lischen Geschichte wird also keineswegs geleugnet, wie manche Genossen gemeint haben. Nur meint Lensch ganz richtig: die vielgerühmte englische Freiheit beruhte auf der Knechtung der Welt, auf der Vorherrschaft zur See, aus der England nach wie vor auch wirtschaftlich so mächtig aufstrebende Staaten, wie Deutschland, ausschließen zu dürfen und zu können glaubte. Wir wollen hier nicht den Nachdruck auf den Nach-weis imperialistischer englischer Gewalttaten der letzten 20 Jahre legen, den Lensch beizubringen sich bemüht. Aber die Tatsache erscheint uns allerdings unbefreitbar, daß Eng-land die festländische Beteiligung am Weltmarkt entweder, wie bei Skandinavien, Belgien, Holland und Italien, unter seinen Einfluß zu bringen suchte (die Kriegsentwicklung hat ja für diesen Einfluß unzählige Belege gebracht), oder, wo es dies nicht konnte, hemmend und feindlich auftrat, wie bei Deutschland. Und das ist allerdings vom kapitalistischen wie vom sozialistischen Standpunkte aus eine Unhaltbarkeit. Ein einziges Land kann nicht den Anbruch erheben, auf die Dauer der alleinige Regulator der weltwirtschaftlichen Entwicklung und des Seeverkehrs zu sein. Selbst wenn es dabei nichts wollte, als bessere und vollkommene Handels- und Ver-kehrsmethoden verteidigen, würde es doch die kulturelle und soziale Entwicklung anderer Nationen hemmen und zurück-halten, die ihrerseits ihre Kraft und Anlage betätigen und er-treben und dadurch für sich selbst schließlich die fortgeschrittenere Demokratie des bürgerlichen Weltverkehrs erobern wollen. Indem sich England hier als Hindernis erweist, zeigt es gleich-zeitig die Unentbehrlichkeit der kapitalistischen Entwicklung jeden Landes, das aus den zurückgebliebenen sozialen und politischen Zuständen ehemaliger Bauernländer herauswill. Und die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Achtung vor wirtschaftlichen Tatsachen erkennt als erste, daß sie sich hier hinter die kapitalistische Entwicklung ihres eigenen Landes zu stellen und sie gegen England und seine Verbündeten durch-zusetzen hat. Es ist eine furchtbare, mit den schrecklichsten Opfern aus den eigenen Reihen verbundene und belastete Aufgabe. Aber es ist eine geschichtliche Notwendigkeit, der wir uns nicht entziehen können. Das ist gleichzeitig die „nationale“ Pflicht, die uns Sozialisten im Krieg aufgegan-gen ist. Daß wir sie erst jetzt erkannt haben, dient uns weder zum Vorwurf noch zur Ehre. Die Tatsachen, aus denen wir zu lernen hatten, mußten eben erst so stark werden, daß wir uns ihrem Eindruck nicht mehr entziehen konnten.

In diesen Gedankenengängen kann und muß man alle Lensch durchaus beistimmen. Aber etwas anderes ist es, ob er in der Hoffnung und Voraussage recht hat, daß nach der Überwindung der englischen weltwirtschaftlichen Vormachts-stellung so schnell ein freibewegliches Zentraleuropa (Deutsch-land und Österreich) und ein mitteleuropäischer Staatenver-band (S. 59 ff.) entstehen werden, die „von der Kriegsgefahr entlastet“, eine Unmenge Schwierigkeiten, über die jetzt die herrschenden Klassen des Deutschen Reichs wie Österreich-Ungarns ununterbrochen stolpern, aus dem Wege räumen.“ Das Einzelne dieser Beweisführung lese man bei Lensch selbst nach. Es ist reichlich optimistisch. Auch das siegreiche Zentral-europa wird sicher kapitalistischen Versuchungen unterliegen, seinen aufstrebenden Klassen Freiheiten vorzuenthalten. Es wird hartnäckig darum gekämpft werden müssen. Dies hat Lensch zu wenig anerkannt und betont. Er vertraut zu sehr darauf, daß eine demokratische Entwicklung auch im Interesse des Finanzkapitals läge, und verläßt dabei, wie sehr wir noch mit feudalen Rückständigkeit belastet sind. Diese abzu-schütteln, wird noch mancher Mühe kosten. Das schadet aber auch nichts. Im Kampf stählen sich Kraft und Wille der auf-strebenden Schichten. Hauptache ist und bleibt, da die wirtschaftlichen und sozialen Vorbedingungen für den Aufstieg geschaffen werden. Und das geschieht allerdings mit der Zu-rückdrängung Englands und seiner Verbündeten und mit der Entfaltung möglicher Freiheit kapitalistischer und sozialer Entwicklung für Zentraleuropa. Indem wir damit zu unserm Ausgangspunkt zurückkehren, erkennen wir gleichzeitig an, wie richtig Lensch das Hauptproblem erfasst und behandelt hat.

Mit manchen Irrtümern und Vorurteilen haben auch wir Sozialisten in diesem Krieg aufzuräumen. Aber wo haben wir uns jemals geweigert, hinzulernen? Erst wenn wir damit aufhören würden, wäre das Ende des Sozialismus da. Wir werden uns deshalb vor der Gefahr des eigensinnigen Beharrens auf liebgewonnenen Anschauungen sorgfältig hüten. Dann kann uns auch der Weltkrieg nichts anhaben. Er wird uns vielmehr ein Stück dem Ziele näher bringen.

Russische Polizeiwirtschaft.

In der Märznummer der „Ruskoja Wost“ wird ein Briefwechsel zwischen dem Grafen Witte und dem früheren russi-schen Polizeiminister Stolypin veröffentlicht, der sich mit den Attentaten beschäftigt, die im Jahre 1907 auf den Grafen Witte verübt wurden. Den „Grenzboten“ gibt das Ver-

anlassung, sich überhaupt mit dem Institut der russischen Ge-heimpolizei etwas näher zu befassen. (Der Herausgeber der „Grenzboten“, Georg Kleinow, ist ein guter Kenner der russi-schen Verhältnisse.) Es heißt in dem Aufsatz:

„Wenn man das russische Leben beschreiben will, so darf man an einer Einrichtung nicht vorbeigehen, die eine große, für den West-europäer unheimliche Rolle spielt: dem System der Agents pro-voateurs. Die Czars, die russische Geheimpolizei, deren schranken-lose Willkür in Rußland von jeder das Korrelat des Absolutismus war, bedient sich dieser Einrichtung in einem Umfange und mit einer Gewissenlosigkeit, wie wir sie sonst in der Geschichte nur in orienta-lischen Sotrapenstaaten sehen, wo Menschenleben wertlos sind. Die Czars spielen dabei um hohen Einsatz. Sie schützen den Zaren, schützen die hohen Würdenträger des Reiches, die ausführenden Or-gane der absoluten Macht. Ihre sind die Pläne der Terroristen be-kannt, die gegen Zar und Minister im Werke sind, aber die Czars sind auch unter Umständen durch ihre Agenten selbst — und das ist das Unheimliche an ihrer Wirksamkeit — Miturheberin dieser Pläne. Sie läßt die Attentate reifen, wenn es ihr gefällt, oder sie läßt die Sache gehen und . . . kommt zu spät. Manchmal aber wird das Werkzeuge, dessen sie sich bedient, härter als der Meißel. Sie hat die Kontrolle über den Agent provocateur verloren, der als Leiter des Attentats seinen revolutionären Freunden gegenüber vielleicht gerade im gegebenen Falle ein Interesse daran hat, das Attentat zu Ende zu führen.“

Im weiteren wird dann die Tätigkeit der Afem, Carbon und anderer Agents provocateurs geschildert. Ueber den oben erwähnten Briefwechsel zwischen Witte und Stolypin wird be-merkt:

„Die Briefe, die Witte an Stolypin drei Jahre nach dem Atten-tate schrieb, sind nicht wegen des tatsächlichen Materials interessant, sondern wegen der Motive der Wortschläge und der dabei im Dunkeln wirkenden Kräfte. Auch hier treffen wir wieder auf die Czars und auf den Agent provocateur. Rasanzeff, der die zum Morde des Grafen aussersehenen beiden Leute geleitet und beauftragt hat, war bezahlter Agent der Czars. Er war von einem Beamten der Moskauer Czars, dem Grafen Burghoben, in Gold genommen, um hohe Würdenträger gegen Attentate zu schützen; — oder hatte er vielleicht den Auftrag, diesen hohen Beamten zu töten, weil es das Interesse des Staates gebietet verlangte? Graf Witte, der drei Jahre nach dem Tode des Attentats die Untersuchungsakten mit dem Einleitungsbeschluss vorgelegt erhält, neigt dieser Ansicht zu, und jeder, der unbefangenen Wirtes Anlagebrief und Stolypins schwä-chliche Antwort darauf liest, wird ihm darin beistimmen, daß die ganze Art der Ausführung des Verbrechens diesen Schluß zuläßt. Rasan-zeff begnügt sich, wie Graf Witte wirklich sagt, nicht mit der Rolle eines Provokateurs, er ging weiter. Ihm war es nicht darum zu tun, den oder jenen Maximalisten abzulangen — er benutzte ihre Dienste, um ein wirkliches Verbrechen zu begehen. Der Graf weist an der Hand der Untersuchungsakten nach, wie im einzelnen das Verhalten von Rasanzeff, das Verhalten der Polizei, der Verlauf der Untersuchung darauf hindeutet, daß man seinen Mord unter allen Umständen wollte, und als es nicht gelang, die Tatsachen ver-schleierte, die die Wahrheit hätten ans Licht bringen können. Die Polizei ist „bewußt unlästig gewesen“, die Untersuchung ist „schäbsteru geführt“ worden, weil die Aufklärung der Sache „vielleicht schlechte Folgen für die Karriere des betreffenden Beamten hätte haben können“.

Weshalb aber wollten gerade Rasanzeff, Stepanoff und Petroff den Grafen Witte töten? Rasanzeff war eifriges Mitglied des „Ver-bandes der russischen Leute“, dessen dunkle Wirksamkeit zugunsten der Reaktion allgemein bekannt ist. Die von dem Verband organi-sierten Attentate auf Herzenstein und Jollos fallen ungefähr in dieselbe Zeit wie die Anschläge auf Witte. Rasanzeff war der Wör-der des Abgeordneten Jollos. Er stand mit dem den äußersten rechten Parteien angehörigen Burghoben in engen Beziehungen, empfing von ihm Geld und einen falschen Paß. Als Rasanzeff nach dem mißglückten Attentat auf Graf Witte sich das Leben genommen hatte, schickte Burghoben einen Vertrauten unter falschem Namen nach Petersburg, um die Sachen des Rasanzeff holen zu lassen. Wenn auch, wie der Untersuchungsrichter feststellte, alle diese Tatsachen nicht ausreichten, um den Grafen Burghoben als an dem Morde des Abgeordneten Jollos beteiligt erscheinen zu lassen, so geben sie doch Anhaltspunkte dafür, von welchen Offizieren aus die Tätigkeit des Rasanzeff bei dem Morde des Jollos und bei dem Attentat auf Witte beeinflusst gewesen sein kann. Daß Rasanzeff für die letzte Tat den Petroff auswählte, war sehr geschickt. Petroff war ein Mitglied desselben Arbeiterkreises, gegen den Witte als Premier-minister im Jahre 1906 vorgegangen war, sein Attentat mußte also nach außen hin als Rache der Arbeiter erscheinen. Auf ihn mußte die ganze Schwere der Tat fallen, denn Stepanoff war ein Mann, der für ein paar Groschen auf jede beliebige Person eine Bombe ge-morfen hätte, und Rasanzeff selbst mußte als Mitglied der Czars (er hatte eine von deren Chef Gerasimoff selbst ausgestellte Legiti-mation in der Tasche) jedem Verdachte, bei der Mordtat beteiligt zu sein, entgehen. Witte kommt deshalb zu dem Schluß, daß in Wahr-heit der Wortschlag gegen ihn — unmittelbar vor der Auflösung der zweiten Duma und der Ausgabe des neuen Wahlgesetzes — von den Rechtenparteien inspiriert war. Sein ausschließliches Ziel war, nach Wirtes Ansicht, die öffentliche Meinung des Landes gegen die Linksparteien aufzureizen, die als Urheber des Mordes gelten mußten, und Repräsentanten der Regierung nach dem Herzen der Reaktion herbeizurufen. Außerdem war die Tat natürlich ein politischer Rachakt gegen Witte und, was die Hauptache war, der so vielen unbekannten Staatsmann, „der Feind des Vaterlandes“ wäre durch sie für immer aus dem Wege geräumt worden.

Die Briefe, die Witte an Stolypin geschrieben hat, um ihn mit diesen Tatsachen bekannt zu machen, atmen tiefe Empörung, bestig-ten Unwillen. Ich möchte nicht für einen Dummkopf gehalten zu werden; mir mangelt es nicht an Mut, offen darauf hinzuweisen, wo diejenigen Leute sitzen, die meinen Tod wollen, die aber strafflos geblieben sind, nicht etwa, weil man sie nicht hat finden können, sondern . . . den Schluß dieses Satzes zu ergänzen, überläßt der Graf seinem Nachfolger, den er zugleich dringend bittet, Maßregeln zu ergreifen, um der terroristischen und provokatorischen Tätigkeit jener heimlichen Organisationen ein Ende zu machen, die zugleich der Regierung und den politischen Parteien dienen, an deren Spitze Leute stehen, die sich im Staatsdienst befinden und die über dunkle Gelder verfügen. „Bewahren Sie sich“, so ruft er Stolypin zu, „auch andere Staatsmänner vor der gleichen schmerzlichen Lage, in der ich mich befinden habe“. Stolypin hat es vorgezogen, auf die Briefe des Grafen Witte hin nichts zu tun. Er braucht wohl die Leute noch, deren Beseitigung sein Vorgänger hier verlangte. Nicht lange danach ist er dem Schicksal, das Witte zugebracht war, selbst anheim-gefallen. Das System aber, das Witte so tapfer und energisch be-kämpft hat, besteht noch heute.

Wie im Inland so hat erst die schurkische Politik des Zarismus im Ausland den Mordmord als Mittel benutzt. Man denke an die Ermordung des Rußland unbequemen bul-garischen Staatsmannes Stambulow und an das Ende des erbischen Königs-paares. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers und unseres unergelichen Jean Jaurès sind nur die jüngsten Stationen auf diesem Verbrecherwege.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!
Von heute ab bis zum Monatschluß
erhalten neugewonnene Abonnenten die
„Volksstimme“ gratis zugestellt.

Fritz Schulz jun. A. G., Leipzig.



Verkaufsstellen durch Makate kenntlich

Restauration „Port Arthur“
Waldstr. 20.
Bierbader Germania-Brauerei.
Besonders empfehle ich vorzügliches
Pilsener- und Kaserbier.
Kellner Adolf
Jakob Greis

Die Erbsünde.
Roman von Hans Strömsgren.
(28 Seiten) 90 Pfg.
Buchhandlung Volksstimme
Frankfurt a. M.

**Zeitgemäße
Partei-Literatur.**

Das Recht während des Krieges.
Preis 30 Pfg.

**Die Versorgung der Kriegsteilnehmer
ihrer Angehörigen und ihrer Hinterbliebenen.**
Bearbeitet vom Landtagsabgeordneten Paul Hirsch. Preis 30 Pfg.

Demokratie und Organisation.
Grundlinien proletarischer Politik von S. Janzenberg und
Fr. Wolffheim. Preis 30 Pfg.

Imperialismus und Demokratie.
Ein Wort zum Weltkrieg von S. Janzenberg und Fr. Wolffheim.
Preis 30 Pfg.

Kultur und Nation.
Von Wolfgang Helme. — Preis 15 Pfg.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volksstimme
Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.

Die Zarengeißel
Sturmjahre aus hundert Jahren
Herausgegeben von Dr. Franz Diederich

In festem Umschlag geheftet
:: Preis 50 Pfennig ::

Das Thema dieses Buches ist der Kampf gegen den
Zarismus, der Rußland blutig knechtet und Europa
barbarisch bedroht. Die Zarengeißel ist ein Kampf-
buch voll Unerschrockenheit. Aus dem Sturm der gegen-
wärtigen Kriegsmächte ist es hervorgegangen.

Buchhandlung Volksstimme
Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17

Drucksachen

sind heute mehr denn je ein Mittel der
vornehmen Reklame geworden. Kein
Geschäftsmann sollte unterlassen, da-
rauf sein Augenmerk zu richten. Wir
fertigen alle merkantilen Arbeiten wie
Rechnungen, Briefbogen, Adresskarten
Prospecte, Kataloge usw. zu zivilen
Preisen bei promptester Erledigung.
Durch Schmalzmaschinenbetrieb und Ro-
tationsdruck sind wir jederzeit in der
Lage, in kurzer Zeit Massenauslagen
herzustellen. Wenden Sie sich
bei Bedarf an die

Union-Druckerei G. m. b. H.
Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17
Fernsprecher Hansa 7435-37